

laß verboten wird, treten wir aus dem Verband aus«, und von einem anderen Lokalverein, der, wenn es zur Entscheidung gekommen wäre, zweifellos von einem anderen Lokalverein hierin unterstützt worden wäre, wurde uns klipp und klar gesagt: »Wird irgend ein Beschluß gefaßt, der die Abschaffung des Rabatts bezweckt, so treten wir insgesamt aus dem Börsenverein und dem Verband aus«.

Sie sehen hieraus, wie schwer es für den Vorstand ist, den Wünschen seiner Mitglieder gerecht zu werden, umsomehr, da wir ja nicht allein den badischen Buchhandel, sondern auch den pfälzischen vertreten.

Der Vorstand hat den Eindruck gewonnen, daß an eine Aufhebung des Bibliothekenrabatts zurzeit nicht zu denken ist. Die Regierung wird und kann augenblicklich noch nicht auf diesen Rabatt verzichten, vor allem nicht, solange sich ihr Mittel und Wege bieten, von auswärtigen Büchern zu erhöhtem Rabatt zu beziehen. Sollte es der Tatkraft des Herrn Geheimrat Siegismund gelingen, durchzusetzen, daß in allen deutschen Bundesstaaten der Bibliothekenrabatt aufhört, und die Behörden veranlaßt werden, ihren Bedarf nur im Inland zu decken, so würde er sich ein unvergängliches Ruhmesblatt erwerben.

Was den Kundenrabatt anbelangt, so lassen wir hierin unsern Mitgliedern freie Hand; können sie in ihren Bezirken den Rabatt abschaffen, so können wir sie nur dazu beglückwünschen. In manchen Städten sind die Handlungen nicht so glücklich, und für diese ist ein Skonto von 2% vorwiegend ein Mittel, die Kunden zur Barzahlung und zur Regulierung der Rechnung innerhalb 30 Tagen zu erziehen. Ich glaube nicht, daß wegen eines Skontos von 2% bei Beträgen von über 10 M viele Leute aus Mannheim oder aus der Pfalz ihren Bedarf in Heidelberg oder Freiburg decken, umsomehr, als wir sehr oft die Erfahrung gemacht haben, daß zwar vielfach erklärt wird: wir gewähren keinen Skonto mehr, guten Kunden gegenüber wird aber doch eine Ausnahme gemacht, und zwar in Gegenden, wo offiziell die Gewährung eines Rabatts ausgeschlossen sein soll.

Der Vorstand kann sich in der Rabattfrage ganz dem Urteil der Kollegen in Hamburg-Altona anschließen, also Herren, die doch sicherlich gewohnt sind, kaufmännisch ihr Geschäft zu betreiben, und die nach ihrem ganzen Auftreten und Wirken nicht in den Geruch der Schleuderei kommen können. Diese sagen in ihrem Jahresbericht:

»Wir können uns mit Gleichstellung aller Kunden ohne Rücksicht auf Bedarf und Zahlungsweise nicht so ohne weiteres befreunden, ein Verbot des Skontos von 2% würde sicherlich nicht nur in Hamburg vom Buchhandel und Publikum als sehr unkaufmännisch und unzuverlässig empfunden werden. Eine solche Bestimmung würde, denken wir, auch im Widerspruch stehen zu dem im Gesamtgebiet des Handels geltenden Grundsatz der Gewährung eines Kassa-Skontos für prompte Zahlung.«

Ähnlich spricht sich der Berliner Sortimenterverein aus, der auch, und unseres Erachtens mit vollem Recht, darauf hinweist, daß eine Abschaffung des Bibliothekenrabatts nur dahin führen würde, daß die Bibliotheken noch mehr als jetzt versuchen würden, ihren Bücherbedarf beim Antiquariat zu decken, und dem Sortiment die nicht sehr lohnende Beschaffung der Zeitschriften überlassen bliebe.

Im großen und ganzen ist die Summe, die einzelne Geschäfte beim Kundenkonto einbüßen, recht minimal, und wenn man dadurch den langen Pump vermeiden kann, dürfte sogar ein Gewinn nicht zu leugnen sein.

Dringend raten wir unsern Mitgliedern, vierteljährlich Rechnungen zu senden; auch dadurch wird das Publikum, wie wir aus Erfahrung wissen, mehr und mehr zur Barzahlung erzogen. Das Pumpsystem muß aufhören, und alle Versuche, hierin eine Besserung herbeizuführen, sind aufs freudigste zu begrüßen; der Vorstand ergreift daher gleichzeitig die Gelegenheit, Ihnen dringend den Beitritt zur Internationalen buchhändlerischen Schutzvereinigung gegen Kreditmißbrauch zu empfehlen.

Gleichzeitig raten wir nochmals dringend dazu, daß die Sortimenter in den einzelnen Städten und Orten alle Forderungen

Streitigkeiten vergessen und einig zusammenstehen und zusammenwirken, nur dann können sie, speziell auch gegen faule Schuldner, etwas erreichen. In Erwägung zu ziehen wäre, ob es nicht möglich ist, auch vom Verband aus eine schwarze Liste der Schuldner zusammenzustellen, es könnte auf diese Weise vielleicht nicht nur mancher Kollege in Freiburg, Karlsruhe, Baden-Baden, Pforzheim, Konstanz, Mannheim und Heidelberg, sondern auch in kleineren Orten vor unangenehmen Verlusten bewahrt bleiben.

Der Punkt »Unzutraglichkeiten im Schulbuchhandel«, der in Kaiserslautern zur Sprache kam, steht auch auf unserer heutigen Tagesordnung. Es sind hierbei eine große Anzahl Wünsche zu berücksichtigen, vor allem auch die Frage wegen des Badischen Volksschullesebuchs, die Ihren Vorstand wiederholt beschäftigt hat und ausführlich in unserer heutigen Tagesordnung behandelt werden wird. In Kaiserslautern handelte es sich auch um Erhöhung des Ladenpreises für zu gering rabattierte Schulbücher, einen Punkt, den Sie auch bei den Anträgen zur D.M. finden und der daher nachher besprochen werden kann. Ferner kam in Karlsruhe, vom Kollegen Gerle in eingehender Weise behandelt, das Thema zur Sprache, daß die Lehrer zu Beginn des Schuljahres oft nicht wüßten, welche Bücher gebraucht würden; die dann notwendige umgehende Beschaffung der Bücher verursacht große Unannehmlichkeiten und Kosten. Der Verband hat beschlossen, bei den Rektoraten in der Pfalz vorstellig zu werden, daß solche Unzutraglichkeiten aufhören möchten; in Hinweis auf Verordnungen im Ministerialblatt soll verlangt werden, daß die Bekanntgabe der Schulbücher rechtzeitig vor Schulschluß an allen Orten der Pfalz den Buchhändlern mitgeteilt wird.

Mit Recht jammern wohl die Sortimenter, besonders in kleinen Orten, über den Pump bei Schulbüchern und Lehrmitteln. Wir möchten Ihnen daher angelegentlichst empfehlen, den Neustädter Kollegen nachzueifern, die beim Beginn des Schuljahres, soviel ich weiß, in Verbindung mit den Buchbindern, Schreib- und Papierwarenhändlern, überall Erklärungen erließen, daß Schulbücher und Schulmittel ohne Ausnahme überall und an jedermann nur gegen bare Zahlung abgegeben würden. Sie sehen also, meine Herren, daß Einigkeit stark macht und Erfolge schafft. Es ist dem Vorstand eine große Freude, konstatieren zu können, daß er aus Neustadt nicht nur immer unangenehme Schriftstücke zu melden braucht, und er hofft, daß dieses Verfahren Nachahmung findet.

Gegen die Braunsche Hofbuchdruckerei lagen wie seit Jahren eine größere Anzahl Beschwerden von den verschiedensten Seiten vor; wir haben in dieser Angelegenheit mit dem neuen Mitbesitzer, Herrn Dr. Bran, verschiedene Briefe gewechselt und kurze Unterredungen gehabt, und ihn schließlich zu einer ausführlichen Besprechung mit Ihrem Vorstand, zu der wir noch Herrn Remnich hinzuzogen, gebeten. Diese Besprechung hat inzwischen stattgefunden, die verschiedenen Beschwerden sind zur Sprache gebracht, und Herr Dr. Bran hat uns versichert, daß er bestrebt sein will, diese Streitpunkte nach und nach zu beseitigen. Wir haben kein Recht, an der Erklärung zu zweifeln, daß er den besten Willen hat, eine Besserung im Verhältnis seiner Firma zu den Sortimentern Badens eintreten zu lassen; wir wissen, daß er durch unsere Besprechung sich von der Richtigkeit mancher Beschwerden, die allerdings sich auf Dinge beziehen, die vor seiner Zeit geschehen sind, überzeugt hat. Wir hoffen, daß manche Reibungsflächen schwinden werden; so hat er z. B. zugestanden, daß er dem Sortimentern, der einen Auftrag auf Exemplare des Großherzogtums Baden zum ermäßigten Preise ausführen soll, eine Provision gewähren will, usw. Hoffen wir, daß eine Besserung des Verhältnisses zur Braunschen Hofbuchdruckerei wirklich eintritt und der badische Sortimentern wieder mit Lust und Liebe sich für die Verlagsartikel dieser Firma verwenden kann.

Um ähnlichen Unzutraglichkeiten, wie sie sich z. B. im Streitfall Remnich-Freitag wegen Rücknahme eines verhefteten Schulbuchs ergaben, vorzubeugen, stellten die Mannheimer Kollegen den Antrag, einen diesbezüglichen Antrag zur Verkehrsordnung zu der diesjährigen D.M. einzubringen. Der Vorstand machte diesen Antrag zu dem feineren, formulierte einen diesbezüglichen Antrag und übersandte ihn den Kollegen in den größeren Orten mit der Bitte, bis zu einem bestimmten Termin die Unterschriften